

Politik & Wirtschaft



Nur für Forschungszwecke erlaubt: Freilandversuch mit gentechnisch veränderten Pflanzen auf einem Feld der Forschungsanstalt Agroscope. Foto: Christian Beuller (KeyStone)

Gentech-Moratorium soll über 2025 hinaus verlängert werden

Volksinitiative geplant Ende nächsten Jahres könnten Gentech-Pflanzen in der Schweiz erlaubt werden. Eine Allianz von Bio-Bauern und Gentechnik-Gegnern will das verhindern – und lanciert nun eine Initiative.

Cyrill Pinto

Als die Schweizer Bevölkerung letztmals über die Gentechnik in der Landwirtschaft abstimmt, liess der Bundespräsident Samuel Schmid, in den USA war George W. Bush an der Macht, und Joseph Ratzinger war gerade erst zum neuen Papst gewählt worden: Es ist lange her.

Seit 2005 gilt in der Schweiz ein Moratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere. Der Anbau solcher Pflanzen ist nur zu Forschungszwecken erlaubt, und gentechnisch veränderte Lebensmittel dürfen nicht verkauft werden. Mehrfach wurde das Moratorium vom Parlament verlängert, zuletzt 2021.

Per Ende 2025 läuft das Verbot nun aus. Als sich der Nationalrat letztmals damit beschäftigt, beauftragte er den Bundesrat, Fragen zur Koexistenz von traditioneller und gentechnikbasierter Landwirtschaft zu klären. Auch Risiken der Gentechnik sollte die Regierung bewerten – und klarmachen, wer verantwortlich ist, wenn Saatgut oder Lebensmittel verunreinigt werden. In gentechnik-kritischen Kreisen ist man alarmiert. Denn im Hintergrund haben sich Interessensvertreter der Saatgutindustrie bereits positioniert und fordern ein Ende des Moratoriums. So verkündete Jürg Niklaus vom Verein «Sorten für morgen» in einem Gastkommentar in der NZZ: «Die Tage des Gentech-Moratoriums sind gezählt.»

Im Verein engagieren sich Vertreter der Landwirtschaft und der Saatgutindustrie sowie Grossvertrieber. Ihr Argument: Inzwischen

gebe es neue Technologien zum Einsatz von gentechnisch veränderten Sorten, deshalb seien die Risiken nicht mehr mit denen vergleichbar, als das Moratorium beschlossen wurde. Gleichzeitig sei die Nahrungsmittelproduktion stark unter Druck. Weiteren Aussagen erschweren den Anbau, während gleichzeitig der Pestizidverbrauch sinken solle. Gefragt seien deshalb neue Pflanzensorten, so die Befürworter.

Mit der Initiative soll

Diskussion ausgelöst werden

Doch jetzt formiert sich eine Allianz, die das Gentech-Moratorium beibehalten will, bis wichtige Fragen geklärt sind. Angeführt wird sie vom Verein für gentechnisch veränderte Lebensmittel. Mit dabei sind der Dachverband Bio Suisse, der Saatgutverein Gen Au Rheinau und der Verein für gentechnisch veränderte Lebensmittel. Sie haben eine Petition zur Beibehaltung des Moratoriums lanciert. Im Herbst folgt die Lancierung einer Volksinitiative. Wie weit diese geht, ist noch nicht definiert. Zurzeit arbeitet die Allianz an der Formulierung des Texts.

Martin Graf ist Geschäftsführer bei Gen Au Rheinau. Der ehemalige Zürcher Regierungsrat und ETH-Agronom arbeitet in den letzten Wochen hinter den Kulissen an einer Strategie, wie man auf das auslaufende Moratorium und die Positionierung der Hersteller von gentechnisch veränderten Saatgut reagieren will.

«Wir werden im Herbst mit einer Volksinitiative starten, mit einer Zielsetzung, dass eine gentechnisch freie Produktion in der

Schweiz noch möglich ist», sagt Graf. Nach der Annahme des Moratoriums durch das Volk sei dies immer wieder verlängert worden. Die Lösung ohne gentechnisch veränderte Lebensmittel habe sich bewährt. «Mit einem Verfassungsartikel möchten wir den Schutz von Mensch und Umwelt in der Verfassung fest verankern», sagt Graf.

Das grösste Interesse, dass ihre Produkte gentechnisch bleiben, haben die Landwirte, die nach Bio-Richtlinien arbeiten. Der Politikverantwortliche von Bio Suisse, Martin Bossard, sagt: «Wir wollen klare Regeln, wie die Bio-Landwirtschaft gentechnisch arbeiten kann und auch der Konsument den Zugang zu gentechnisch freien Produkten behält.»

Mit der Initiative soll vor allem eine Diskussion ausgelöst werden. «Wir müssen darüber sprechen, unter welchen Bedingungen gentechnisch veränderte Produkte, Pflanzen und Tiere überhaupt zugelassen werden sollen», so Bossard. «Wie wird der verfassungsmässige Schutz von Mensch, Tier und Umwelt gewährleistet? Wer haftet für Schäden?»

Die Befürworter des Moratoriums kritisieren, dass die Agrarindustrie mit einem argumentativen Kniff auf eine Freigabe von gentechnisch veränderten Organismen und Produkten hinarbeite: Eingriffe mit der neuen Gentechnik seien viel präziser und damit ungefährlich. Umweltschützer halten dem entgegen, dass sich auch mit den neuen, präziseren Genscheren im Grundsatz nichts an der Gen-

technologie geändert habe: Das Erbgut der Pflanzen werde im Labor so verändert, wie dies unter natürlichen Bedingungen durch Kreuzen oder natürliche Rekombination nicht vorkomme.

Die Eidgenössische Ethikkommission für die Biotechnologie im Ausserhumanbereich kam 2021 zum Schluss: «Produkte, die aus den neuen gentechnischen Verfahren entstehen, sind dem Risikomanagement von gentechnischen Verfahren zu unterwerfen.» Man könne die neuen Verfahren nicht einfach mit der natürlichen Genveränderung vergleichen, da die Erfahrung fehle.

Umfrage zeigt: Konsumenten sind skeptisch

Als das Moratorium 2021 im Parlament verlängert wurde, gab es Stimmen, welche die Gen-Editierung vom Moratorium ausnehmen wollten. Vor allem Vertreter der Mitte und der FDP waren dafür. Nachdem der Ständerat knapp dafür gestimmt hatte, beauftragte der Nationalrat den Bundesrat, bis Mitte 2024 einen Entwurf für eine entsprechende Regelung auszuarbeiten.

«Wir möchten den Schutz von Mensch und Umwelt in der Verfassung fest verankern.»

Martin Graf
Geschäftsführer des
Saatgutvereins Gen Au Rheinau

Auch die Grünliberalen setzten sich damals für eine Ausnahme des Gen-Editings ein. Dieses solle in einem separaten Zulassungsverfahren geregelt werden, da es bei der Ernährungssicherheit, der Ressourceneffizienz und bei der Reduktion des Pestizideinsatzes Potenzial habe. GLP-Nationalrat Martin Blümle studierte an der ETH das Fach Biochemie und war in den 80er-Jahren «sehr skeptisch gegenüber der Gentechnologie».

Inzwischen habe die Technologie riesige Sprünge gemacht. Für ihn ist es ein Widerspruch, dass die sogenannte Mutagenese – also die Veränderung von Zellkernen mittels Bestrahlung oder Chemie – nicht unter das Gen-Moratorium fällt, die neue Gen-Editierung jedoch schon. «Man kann am Ergebnis nicht unterscheiden, welches Verfahren angewendet wurde», so Blümle. Er plädiert deshalb dafür, dieses Verfahren vom Moratorium auszunehmen. «Das Risiko ist nicht null, aber sehr gering», sagt er. Nur beim Hinzufügen artfremder Gene bleibt Blümle skeptisch.

Selbst Gegner geneänderter Pflanzen geben davon aus, dass in absehbarer Zukunft die Technik eingesetzt wird. Um die Landwirtschaft zu schützen, brauche es aber strikte gesetzliche Regeln. Dabei wissen sie eine Mehrheit hinter sich: Das Bundesamt für Statistik befragt alle vier Jahre die Bevölkerung nach ihrer Einschätzung von Gefahren durch gentechnisch veränderte Lebensmittel. Der Anteil der Befragten, welche die Technik als gefährlich einschätzen, betrug zuletzt noch über 70 Prozent.

Lawrow bezeichnet Schweiz als «offen feindselig»

Russischer Aussenminister In einem Interview mit russischen Radiosendern sagte der russische Aussenminister Sergei Lawrow, die Schweiz habe sich von einem neutralen Land in ein «offen feindseliges Land» verwandelt. Sie sei deshalb nicht geeignet, Friedensverhandlungen zur Ukraine durchzuführen, wurde er gestern von der staatlichen Nachrichtenagentur Ria Novosti zitiert. Der 74-Jährige bezog sich dabei allem Anschein nach auf die geplante Friedenskonferenz auf dem Bürgenstock NW im Juni. Das Auswärtige Departement in Bern wollte Lawrows Äusserungen auf Anfrage nicht kommentieren.

Bereits vor rund einer Woche hatte der russische Präsident Wladimir Putin Kritik an der Konferenz geäußert. Russland werde nicht dazu eingeladen, gleichzeitig werde zugegeben, dass sich ohne Moskau nichts entscheiden lasse. Und weil keine russische Delegation hinfähre, werde gesagt, dass Russland Verhandlungen ablehne. (SDA)

F/A-18-Kampffjets fangen Privatjet über Laufen ab

Luftpolizei Zwei F/A-18-Kampffjets haben gestern über Laufen BL einen Privatjet abgefangen. Sie waren zu einer sogenannten «Hot Mission» ausgerückt, weil es keinen Funkkontakt mehr gab zwischen der Flugsicherung und dem Privatflugzeug.

Die zwei F/A-18 hätten sich auf einer Trainingsmission befunden, als sie zu dem Luftpolizeinsatz abkommandiert worden seien, sagte Armeesprecher Stefan Hofer gestern. Bei Laufen hätten sie den Privatjet eingeholt und auf der internationalen Notruffrequenz kontaktieren können.

Die Luftpolizei habe den Piloten aufgefordert, auf die Normalfrequenz zu wechseln. Danach habe das Flugzeug weiterfliegen können. Solche Vorfälle seien zwar nicht allfällig, sagte Hofer. Sie kämen aber doch mehrere Male pro Jahr vor. (SDA)

Nahostkonflikt: Viele Beschwerden

SRG-Ombudsstelle Der Krieg im Nahen Osten hat zu einer Flut von Beanstandungen von Sendungen und Online-Beiträgen des Schweizer Radio und Fernsehens SRG geführt. Innerhalb von zwei Monaten seien 80 Eingaben dazu gemacht worden, teilte die Ombudsstelle der SRG Deutschschweiz gestern mit.

«Nicht einmal bei der Corona-Pandemie mit über 1000 Beanstandungen sowohl 2020 wie auch 2021 verzeichnete die Vermittlungsstelle in zwei Monaten so viele Eingaben wie zu den Ereignissen nach dem 7. Oktober 2023», heisst es im Jahresbericht der Ombudsstelle.

Im Berichtsjahr 2023 sind bei der Ombudsstelle 836 Eingaben eingegangen. 35 davon wurden teilweise oder ganz gutgeheissen. Neben dem Nahost-Konflikt hätten wie in früheren Jahren die Themen Klima, Woli, SVP und Covid regelmässig zu Beanstandungen geführt. Der Ärger über die Gendersprache sei dagegen kleiner geworden. (SDA)